

Mehr Demokratie wagen 2.0

von Horst Peter

Dies wird ein Beitrag nicht ohne Polemik sein. Polemisch deshalb, weil die SPD im Besitz aller Bausteine für eine Epochenwende aus der angeschlagenen neoliberalen, finanzmarktgetriebenen Hegemonie zu einem Reformprinzip der globalen nachhaltigen Entwicklung ist, ohne bereit zu sein, die Kategorie öffentlich als Leitbild einer bewussten Weichenstellung in die Zukunft zu benennen.

Es scheint ein der SPD seit ihrer Gründung innewohnendes Phänomen zu sein.

August Bebel bemängelte am 1. April 1909 im Geleitwort zu „Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag“: „Ein großer Teil unserer Parteigenossen macht überhaupt den Fehler, dass er zu rasch vergisst, welche Materialschätze er in seiner Schriftensammlung besitzt. Er ruft nach Material, dass er tatsächlich längst in Händen hat, aber in der Hast der Arbeit vergaß oder nicht auszugraben versteht.“

Nachhaltigkeit bei Marx

Bebel verstand darunter auch die Botschaften von Karl Marx, der ja das Lasallsche Gothaer Programm wegen seiner Staatsnähe und Gesellschaftsferne grundsätzlich kritisiert hatte. Aus heutiger Sicht von Nachhaltigkeit ist Marx die erste Quelle einer linken Strategie, die Natur und Arbeit untrennbar zusammenführt: „Das praktische Erzeugen einer gegenständlichen Welt, die Bearbeitung der unorganischen Natur ist die Bewahrung des Menschen als eines bewussten Gattungswesens. Diese Produktion ist sein werktätiges Gattungsleben. Durch sie erscheint die Natur als sein Werk und seine Wirklichkeit... Der Mensch lebt von der Natur. Heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozess bleiben muss, um nicht zu sterben. Dass das physische und geistige Leben des Menschen

mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.“ (So Marx in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten). Weiterhin Marx im Kapital Bd. 1 zum krisenhaften Verhältnis von Kapitalismus zu Arbeit und Natur: „Je mehr ein Land von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, so rascher ihr Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt nur die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“. Und schließlich im 3. Band des Kapital die lupenreine strategische Aussage zu einer Gegenstrategie, die man heute als ökologischen Imperativ für nachhaltige Entwicklung verstehen muss: „Selbst die ganze Gesellschaft, eine Nation, selbst alle gleichberechtigten Gesellschaften zusammen genommen, sind nicht die Eigentümer der Erde. Sie sind nur Ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“

Leitstrategie „Nachhaltige Entwicklung“

Auch Willy Brandt kannte das Problem der liegen gelassenen und verdrängten strategischen Bausteine für zukunftsfähige sozialdemokratische Politik. Michael Müller und Johann Strasser zitieren ihn in dem aktuell im Vorwärtsverlag erschienen Buch „Transformation 2.0“: „Gewiss: Eine Überzeugung ist nicht schon deshalb falsch, ein Programm nicht schon deshalb widerlegt, dass die Zustimmung fürs erste noch auf sich warten lässt“.

So bleibt das Berliner Programm der SPD eine im Hinblick auf Nachhaltige Entwicklung unerledigte Aufgabe.

In extremer Form gilt das auch für das von Andrea Ypsilanti vorgelegte Wahlprogramm für die Hessischen Landtagswahlen 2008. Dieses Programm gab – von Hermann Scheer stark beeinflusst – den Stand der Diskussion für eine Nachhaltigkeitsstrategie wieder und führte nach dem Wahlerfolg 2008 zu einer Rot-Grünen Koalitionsvereinbarung mit eindeutig sozialdemokratischer Handschrift:

„Soziale und ökologische Gerechtigkeit durch eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Wirtschaftspolitik, konkretisiert durch die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, umweltverträgliche gute Arbeit, von der man leben kann, solidarische Bürgerversicherung für die großen Lebensrisiken, kostenloser Zugang zur besten Bildung für alle, gesellschaftliche Sicherstellung der Güter und Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Neue Formen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf allen politischen Entscheidungsebenen.“ (Horst Peter, Mathias Lomb: Mit Programm und Glaubwürdigkeit Wahlen gewinnen – Landtagswahlen in Hessen 2008 und 2009 in: Heiko Gerling (Hg): Die Krise der SPD – Autoritäre oder partizipatorische Demokratie.)

Bewertet man den Prozess, der zum Scheitern des hessischen Nachhaltigkeitsprojekts führte, hätte die SPD eine inhaltliche Wiedergutmachungsverpflichtung.

Das Projekt steht in einer Reihe mit den markanten Ansätzen, das der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ gedankte Prinzip „sustainable development“ strategisch operationalisierbar zu machen, zumal die meisten Ansätze mit den Namen sozialdemokratischer Politiker verbunden sind. Zunächst hat die Brundtland-Kommission zwei prägende Vorläufer gehabt: Die Nord-Süd-Kommission „Unser gemeinsames Überleben“, untrennbar mit Willy Brand verbunden und dem von Egon Bahr und Willy Brandt entwickelten Prinzip des „gemein-

samen Interesses“ als Entwicklungsstrategie, die mit Olof Palme verbundene Kommission „Unsere gemeinsame Sicherheit, die Abrüstung durch die Enquete einer Abrüstungsdividende als Friedenspolitik mit der Entwicklung des Südens verknüpfte. Volker Hauff wehrte sich als erster gegen die Gefahr „Nachhaltigkeit als Prozesskategorie“ durch die in der deutschen Sprache angelegte Ungenauigkeit zwischen dauerhaft und aushaltbar im Rat der Bundesregierung für Nachhaltige Entwicklung zu überwinden. Die von Michael Müller und anderen Sozialdemokraten angestoßene Enquetekommission des Deutschen Bundestags „Zum Schutz des Menschen und der Umwelt“ legte Grundsteine für eine umweltverträgliche Kreislaufwirtschaft; die von SPD und Grünen angestoßene Enquetekommission zur Globalisierung und zur Trennung des Wohlstandsbegriffs vom Wachstumsbegriff erhalten durch die Strategie der nachhaltigen Entwicklung ihre Richtung. Erhard Eppers Wiederentdeckung des starken Staates und der gleichzeitigen Demokratiesierungsnotwendigkeit sowie Hermann Scheers Sonnenstrategie als Grundlage der Energiewende liefern weitere zentrale Bausteine. Erwähnt werden muss besonders Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der Effizienz, Suffizienz und Konsistenz als Prinzipien globaler Wirtschaftspolitik verknüpfte und mit der Gründung des Wuppertal-Instituts Impulse für die wissenschaftliche Grundlegung und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprinzips gab und gibt.

Bleibt die Frage, warum sich die Gesamtpartei so schwer tut „Nachhaltige Entwicklung“ als Leitstrategie für Wege aus der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die gegenwärtig gleichzeitig in einer Weltumweltkrise, Welt hungerkrise und einer Weltbankkrise, die sich zur Weltwirtschaftskrise ausweiten kann, steckt zu benennen.

Ich hoffe, das Upton Sinclairs These „Es ist schwierig jemandem etwas verständlich zu machen, wenn seine jetzige Position (Sinclair

formulierte „Bezahlung“) davon abhängt, dass er es nicht versteht“ auf die führenden SPD-Politiker nicht zutrifft. Bisher ist mir jedenfalls nur Siegmар Gabriel aufgefallen, der in einer Diskussion sinngemäß sagte, Nachhaltigkeit sei mehr als bei politischen Problemen jeweils ein bisschen Umwelt, ein bisschen Gerechtigkeit, ein bisschen Demokratie hinzuzufügen, bei Nachhaltiger Entwicklung gehe es um eine Welt, in der die Menschen anders und besser leben können. Das sei eine ökonomische, soziale und gesellschaftliche Herausforderung.

Das ist in der Tat eine bisherige Praxis überwindende Herausforderung, die das Denken in Legislaturperioden überschreitet. Es geht um einen grundsätzlichen Richtungswechsel der Politik, will man die Regeln einer Nachhaltigen Entwicklung in einer integrierten Gesamtpolitik umsetzen.

Realisierung einer „Nachhaltigen Entwicklung“

Die Umsetzung einer der Nachhaltigkeit verpflichteten Politik wird nur gehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger diese Politik unterstützen. Genauso wie die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzung für Willy Brandts Zeitenwende, aus der offensichtlich an ihre Grenzen stoßenden Politik der sozialen Marktwirtschaft ein die Menschen einbindende Strategie des Sozialstaats und der offenen Gesellschaft zu machen und die Fesseln des kalten Krieges mit dem Prinzip der Gemeinsamen Sicherheit zu lockern.

Diese Politik, die später von Ralf Dahrendorf „Das sozialdemokratische Zeitalter“ genannt wurde, führte 1972 zu dem SPD-Rekordwahlergebnis von 45,8 Prozent bei einer Wahlbeteiligung, die über 80 Prozent lag.

Das Erfolgsrezept gründete in der Überzeugung, die Trennung von Staatlicher Politik, die den Wähler als abstrakten Staatsbürger zum Ziel hat, um ihn als Unterstützer für eine be-

PapyRossa Verlag



Wolfgang Gehrcke (Hg.):
»Alle Verhältnisse umzuwerfen...« – Eine
 Streitschrift zum Programm der LINKEN | 235 Seiten | 12,- Euro

Auf welchen Analysen beruht der Programm-entwurf der LINKEN? Was ist unterbelichtet? Thematisiert werden u.a. die Eigentumsfrage, globale Gerechtigkeit, Medienpolitik sowie das Verhältnis von Sozialismus und Freiheit.



Heinz-J. Bontrup:
Arbeit, Kapital und Staat – Plädoyer
 für eine demokratische Wirtschaft | 649 Seiten | 28,- Euro

Die Alternative zu Profitexplosion und Sozialabbau: Wer wissen will, was der Begriff und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie beinhalten, ist mit diesem fundierten Standardwerk bestens bedient.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
 www.papyrossa.de

stimmte Politik zu gewinnen und den Bürgerinnen und Bürgern in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen müsse überwunden werden: aus politischer Demokratie müsse soziale Demokratie werden. Dabei stand für ihn die Demokratisierung der Wirtschaft im Zentrum, aber es ging auch um die Demokratisierung der Organisation der öffentlichen Aufgaben wie z. B. der Schulen, der Universitäten und der Forschungseinrichtungen. Die Juso-Doppelstrategie der gesellschaftlichen Mobilisierung und des parlamentarischen Aufgreifens zentraler Forderungen aus der Gesellschaft hat er stets unterstützt. „Mehr Demokratie wagen 2.0“ heißt die Soziale Demokratie zur Ökologisch-Sozialen Demokratie weiterzuentwickeln und die Menschen und Völker an ihren gesellschaftlichen Orten abzuholen und ihre Potenziale, die sie dort entwickelt haben als Potenziale der Gestaltung der konkreten Politik, wenn man will des Gemeinwohls, zu gewinnen.

Das gegenwärtige Krisenszenario hat andere Akzente als 1969 und verlangt deshalb nach einem neuen Ansatz politischen Handelns, um die Bürgerinnen und Bürger mit dem parlamentarischen System zu versöhnen. Wir haben ein sich seit der Implosion der „realsozialistischen Staaten“ aufbauendes von der hegemonialen neoliberalen Wirtschaftspolitik verursachtes Krisenszenario:

Ökologische Krise, soziale Krise, Welthungerkrise und Krise des Bankensystems mit den Folgen für die Realwirtschaft haben sich seit 2008 dramatisch zugespitzt und eine Vertrauenskrise des parlamentarischen Demokratie-modells ausgelöst. Der Alarmruf Hermann Hesses von 1957 angesichts der Wiederauf-rüstungsdebatte (Erhard Eppler hat ihn bereits zur Beschreibung der Friedensbewegung anfangs der 80er Jahre zurück ins kritische Bewusstsein geholt) erhält in diesen Tagen neue Aktualität: „Heute liegt die politische Vernunft nicht mehr dort, wo die politische Macht liegt. Es muss ein Zustrom von Intelligenz und Intu-

ition aus nicht offiziellen Kreisen stattfinden, wenn Katastrophen verhütet (oder gemildert) werden sollen“. Hesse erklärt einmal den tiefen Kern der Krise des parlamentarischen Demokratie-modells, weist aber gleichzeitig in die Richtung des Auswegs. Politik, die den Wähler als manipulierbare Masse begreift, die gestützt durch die Methoden der Befragung des Wählermarktes mit PR-Strategien den Wähler als Politikkonsumenten oder Kunden an die Wahlurne bringen will, vergisst, dass die Wähler in ihrer gesellschaftlichen Realität sehr konkrete Männer und Frauen sind, kurz: gesellschaftliche Wesen. Diese Diskrepanz erklärt die niedrige Wahlbeteiligung. Viele fühlen sich durch die Parlamente in ihren Interessen nicht Ernst genommen und erleben, dass die Regierungen von Lobbyisten bestimmte Politikprojekte durchsetzen und sie als alternativlos erklären – da werden sozialdemokratisch geführte Regierungen nicht ausgenommen – und die Parlamente die Gesetzesvorschläge aus der Regierung nur noch abnicken. Verschärft wird die Situation, dass auch die Medien nicht mehr parlamentsorientiert, sondern regierungsorientiert und damit lobbyorientiert berichten und kommentieren.

Paradigmatisch ist dieser Zustand an der Auseinandersetzung um S 21 ablesbar. Hier liegt der Hauptunterschied zur Situation von Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“. Damals war es nicht die Wahlbeteiligung, die besorgte, sondern die Notwendigkeit den gesellschaftlichen Aufbruch als Triebfeder der Weiterentwicklung der Gesellschaft in die parlamentarischen Entscheidungen zu integrieren. Bei „Demokratie wagen 2.0“ geht es darum die Bürgerinnen und Bürger als Träger von gesellschaftlicher „Intelligenz und Intuition“ auf gleicher Augenhöhe mit den gewählten an den Entscheidungsprozessen partizipieren zu lassen. Die differenzierte Arbeitnehmerschaft, die sich im veränderten Produktionsprozess entwickelt hat, die gute Arbeit und gesunde Lebensverhältnisse will, entscheidet nach anderen Kriterien in politischen Konstellationen

als die Leitgruppe der Industriearbeiterschaft des Fordismus zu Brandts und Schmidts Zeiten. Sie fragen nach der Qualität der Arbeit und der Qualität der Lebensverhältnisse, nach der Infrastruktur für Bildung, Gesundheit und Lebensführung. Deshalb hinterfragen sie die Totschlagargumente zur Durchsetzung von Großprojekten wie „Es bringt aber Arbeitsplätze“, wenn es in Wirklichkeit um privatwirtschaftliche Gewinne geht. Sie wollen auf „gleicher Augenhöhe“ mitreden, wenn es um die Organisation der Güter und Dienstleistungen des Gesellschaftlichen Bedarfs und die Wertschätzung der Menschen bezogenen Arbeit geht wie bei der Gesundheitsarbeit, Sozialarbeit, Wissensarbeit, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit. Sie wollen als Verbraucher naturverträgliche Qualität der Nahrungsmittel und der Güter des privaten Grundbedarfs, sie wollen mitwirken bei Klimaschutz und beim Schutz der biologischen Vielfalt. Ihre private Spendenbereitschaft bei Natur- und Hungerkatastrophen in der Welt zeigt, dass ihnen die internationale Gerechtigkeit wichtig ist. Das ist mehr als das diffamierende „Wutbürgerbild“ der Medien.

Deshalb geht es bei „mehr Demokratie wegen 2.0“ um die gesetzlichen Instrumente, die Partizipation ermöglichen. Kurzum: es geht um die Frage, steht die SPD für partizipative parlamentarische Demokratie, die die Gesellschaft in Entscheidungen reinholt oder an Lobbyinteresse orientierte, intransparente Entscheidungen der Staatsbürokratie. Ich nenne abschließend einige Schwerpunktforderungen:

- Wirtschaftsdemokratie durch Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die Qualität der Arbeit, Gesundheitsförderung im Betrieb, Struktur der Arbeitszeit, die Arbeit und Leben verbindet und nicht ins Burn-out treibt; gesetzliche Voraussetzungen für die Qualität der Arbeitsförderung statt ein bloßes Schlagwort des Forderns als Bedingung des Förderns.
 - Runde Tische bei der Entwicklung sozialer Infrastruktur in den Städten und Gemeinden z. B. durch Weiterentwicklung des Projektes „Soziale Stadt“.
 - Bei öffentlichen Planungen aus dem Verwaltungsverfahrenrecht Bürgerbeteiligungsrecht machen, möglichst früh schon bei der Klärung, ob ein zwingend notwendiges öffentliches Interesse für das jeweilige Projekt besteht.
 - Verbandsklagerechte bei Umweltverträglichkeits- und Nachhaltigkeitsprüfungen auch für Verbraucherverbände.
 - Formen der Zusammenarbeit bei der Anwendung von Innovationen in der Praxis zwischen Wissenschaft, Bürgerinitiativen und NGO, Öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft sowie Gewerkschaften (New Governance) wie sie die Rio-Konferenz 1992 in der Agenda 21 entwickelt hat. Ein allgemeines Informationsgesetz mit kostenfreiem Zugang. Und schließlich Formen Direkter Demokratie in Kommunen, auf Länder-, Bundes-, EU-Ebene, bei denen sich die Quorren an der Wahlbeteiligung der vorausgegangenen Wahlen und den Hürden orientieren, die auch die Wähler überspringen müssen. Der Wahlbürger und der Abstimmungsbürger werden gleichgestellt. Weiterentwicklung des Petitionsrechts auf allen Ebenen als Bürgereingaberecht auch für Gesetzesinitiativen.
- Diese Beteiligungsrechte können durch Phantasie, Intelligenz und Intuition etwa im Bezug auf Internet-Beteiligung ergänzt werden. Das wäre echte Beteiligungskultur. ■

☞ Horst Peter ist Mitherausgeber der spw.